

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

22.2.1928 (No. 45)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 5.— RM. einfr. ... Einzelnummer 10 Pf. ... Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Das afghanische Königspaar
in Deutschland

Empfang an der Grenze in Leopoldshöhe

In Basel versammelte sich am Montagabend anlässlich der Anwesenheit des Königspaares von Afghanistan der Centralclub vor dem Hotel Schweizerhof, um den orientalischen Gästen die Wasserische Spezialität, das Trommeln, vorzuführen.

Die Ankunft in Berlin

BBW. Berlin, 22. Febr. (Tel.) Anlässlich der Ankunft des afghanischen Königspaares hatte die Stadt Berlin reichen Festmahl angelegt. Während der vergangenen Nacht waren die Straßen vom Bahnhofsplatz bis zum Palais Prinz Albrecht, wo das Königspaar Wohnung nehmen wird, mit der Reichsflagge und der afghanischen Flagge geschmückt worden.

Rückblick um 11.15 Uhr lief der Sonderzug mit dem afghanischen Königspaar und Gefolge ein. Der Reichspräsident ließ den König von Afghanistan willkommen heißen. Hierauf stellte der König dem Reichspräsidenten die Königin vor, worauf folgte die Vorstellung des Gefolges.

Großadmiral von Köster †. Der frühere Großadmiral Hans von Köster ist im Alter von 84 Jahren in seiner Wohnung in Kiel gestorben.

Die Regierungsbildung in Hamburg. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Leuterich, erklärte, daß die Sozialdemokraten im Gegensatz zu der Entscheidung nach den Wahlen von 9. Nov. v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten (mit denen die Sozialdemokraten allein die Mehrheit hätten) zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auch auf eine etwaige Einladung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbündnis hergeben würden.

Letzte Nachrichten

Das Notprogramm der Reichsregierung

M. Berlin, 22. Februar (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung beschlossen, sämtliche Vorlagen des Notprogramms — es handelt sich um fünf — zu einem einheitlichen und untelbbaren Gesetz zusammenzufassen. Das wird bereits am Montag in der Regierungserklärung gesagt werden, wenn das Kabinett, vertreten durch den Vizekanzler Dr. Herig an Stelle des erkrankten Reichsfinanziers Dr. Marx das Gesetz vorlegt.

Die Handelsvertragsverhandlungen

M. Berlin, 22. Febr. (Priv.-Tel.) Die deutsch-russischen Wirtschaftsbefprechungen in Berlin gehen nur sehr langsam vorwärts, was an der Arbeitsmethode der Russen liegt, die außerordentlich viel Material, namentlich statistisches herbeischaffen. Man rechnet daher zum mindesten mit einer sehr langen Dauer der Verhandlungen, während auch gleichzeitig die übrigen Handelsvertragsverhandlungen, namentlich mit Polen und der Tschechoslowakei, recht langsam vorwärts kommen.

Der Pariser Rat der Gesehten wurde am 21. April 1921 eröffnet, der das Abkommen mit Deutschland vom 2. Februar über die Aufhebung der 25prozentigen Reparationsabgabe und die Prozentrückkehr zu den alten Gesetzen vom 21. April 1921 enthält.

Die amerikanischen Ansprüche an Österreich

BBW. London, 22. Febr. (Tel.) Wie Reuters aus Washington berichtet, beabsichtigt Mellon, dem Kongress zu empfehlen, daß die Vereinigten Staaten ihren ersten Anspruch in Höhe von 24 055 703 Dollar auf die österreichischen Altiva zurückstellen, um Österreich die Ausgabe einer neuen Anleihe von 100 Millionen Dollar zur Verbesserung seiner Eisenbahn, Telegraphen- und Telefonsysteme zu ermöglichen.

Das Kriegsmaterial in Szent Gotthard zerstört

BBW. Budapest, 22. Febr. (Tel.) Wie der „Pesti Naplo“ aus Steinamanger berichtet, wurde das in Szent Gotthard beschlagnahmte Kriegsmaterial am Montag vernichtet. 30 bis 40 Arbeiter haben diese Arbeit im Weissen von Sachverständigen, darunter eines fachkundigen Ingenieurs einer österreichischen Waffenfabrik und unter Aufsicht des Kreisrichters von Szent Gotthard verrichtet. Am Dienstag vormittag wurde das Ergebnis des Vernichtungsverfahrens zu Protokoll genommen, so daß die Verfertigung der ihres Charakters als Kriegsmaterial entleerten Sendung bereits am Freitag stattfinden kann. Zur Verfertigung haben sich bereits zahlreiche Kaufleute, darunter auch ausländische, angemeldet.

Das amerikanische Flottenbauprogramm

BBW. New York, 22. Dez. (Tel.) Nach einer Meldung der „New York Times“ beabsichtigt der Marineauschuß des Repräsentantenhauses das Flottenbauprogramm des Marine-Sekretärs Wilson zu kürzen. Es sei wahrscheinlich, daß ein Programm mit 15 Kreuzern zu zehntausend Tonnen, einem einzigen Transportschiff und möglicherweise 21 U-Booten, die eine Gesamtausgabe von 379 Millionen Dollar verursachen würden, das Wilsonprogramm ersetzen werden, das, wie man weiß, 600 Millionen Dollar erfordern würde. Der Ausschuß wünscht, daß das Programm in vier Jahren durchgeführt werde.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

BBW. Washington, 22. Febr. (Tel.) Das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses, Celler, forderte Präsident Coolidge auf, die Finanzmaßnahme sämtlicher geplanter Regierungsarbeiten zu beschleunigen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Celler schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf vier Millionen.

Kaufmännische Verwaltung
der kommunalen Betriebe

Die Bürgermeister fast sämtlicher ostpreussischen Städte sowie die Direktoren der städtischen Werke sind kürzlich in Königsberg zu einer Besprechung zusammengetreten, um über eine Nationalisierung der städtischen Betriebe in Ostpreußen zu beraten. Der Referent, der Königsberger Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer, ging von der Tatsache aus, daß die Nationalisierungsbestrebungen in der Privatwirtschaft in den letzten Jahren zu ganz außerordentlich guten Ergebnissen geführt haben, und daß die Gemeindeverwaltungen allen Grund hätten, dieses Gute, das die Privatwirtschaft geleistet habe, auf die öffentliche Wirtschaft zu übertragen.

Privatunternehmungen werden heute fast durchweg in der Form von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben. Sie haben die kaufmännische Buchführung, sie stellen, wie es das Handelsgesetzbuch vorschreibt, regelmäßig Bilanzen auf. Die Bilanzen werden der Öffentlichkeit vorgelegt und von ihr kritisiert. So kann sich die Öffentlichkeit ein Bild machen, in welchen Betrieben vernünftig und rationell gewirtschaftet wird. Daran fehlt es aber in der öffentlichen Wirtschaft, weil die Ergebnisse der Betriebe im allgemeinen nicht oder nicht in Bilanzform an die Öffentlichkeit kommen. Auch die Mitglieder der städtischen Körperschaften, die sich bei der Etatberatung mit den Betriebsergebnissen der gemeindlichen Unternehmungen befassen, können kaum das erwünschte klare Bild bekommen, denn die kameralistische Buchführung, auf der sich unser heutiges Haushaltswesen aufbaut, ist zwar für die Führung der sogenannten Hoheitsverwaltungen außerordentlich zweckmäßig, für die Führung von werbenden Betrieben dagegen nicht, weil sie kein Bild von dem wirklichen Erfolge gibt, der im Laufe eines Jahres erzielt worden ist. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer empfiehlt deshalb die Umstellung aller städtischen Betriebe auf die kaufmännische doppelte Buchführung. Er zeigte, daß man auch in kleinen Städten, wo es vielfach nicht möglich oder nicht angebracht sei, die städtischen Betriebe in der Form einer privatrechtlichen Gesellschaft zu führen, diese öffentlichen Betriebe nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung verwalten könne. Als Anlage zum Etat ist dann nicht, wie sonst, ein Voranschlag für das künftige Jahr, sondern die kaufmännische Bilanz für das abgelaufene Jahr bekanntzugeben, so daß auf diese Weise die städtischen Körperschaften an der Hand der Bilanzen prüfen können, wie sich die Betriebe entwickelt haben und welches finanzielle Ergebnis herausgekommen ist.

Als Vertreter der Kleinstädte wies Bürgermeister Wöhe, Mohrungen, darauf hin, daß die Gewerbetreibenden und Kaufleute, die in den Städteordnetenversammlungen sitzen, mit einer kaufmännischen Buchführung viel leichter arbeiten können, denn es sei jedem Kaufmann geläufig, daß z. B. in einem Betriebe ordnungsmäßig immer gleichbleibende prozentuale Abschreibungen gemacht werden müssen. Ferner regte dieser Redner eine Neuordnung der Revision in den städtischen Betrieben an. Städte von 2000 bis 7000 Einwohnern könnten sich ein eigenes Revisionsbüro für städtische Betriebe nicht leisten. Er forderte deswegen die Gründung von Revisionsverbänden. Gerade die Gas- und Wasserwerke und auch die Schlachthöfe der Kleinstädte brauchen eine gründliche sachmännische Überprüfung, und sie bedürfen vor allem des Hinweises, inwieweit sie es anders zu machen haben als heute.

In der weiteren Aussprache wurde vor allem hervorgehoben, daß nur die Revision durch einen eigenen Verband Garantie dafür biete, daß nicht Dritte unerwünschte Einblicke erhalten könnten, eine Gefahr, die bei Zuziehung eines Sachmannes von außen stets bestünde. Der zu gründende Verband der ostpreussischen Gemeinden soll mit der Revision der Bilanzen beginnen und dann schrittweise zu einer laufenden Beratung der Stadtverwaltungen übergehen. Einstimmig wurde ein Ausschuß gewählt, dem die Gründung eines Verbandes ostpreussischer Gemeinden und Kommunalverbände übertragen wurde.

Die ersten Wahlergebnisse in Japan

BBW. Paris, 22. Febr. (Tel.) Havas berichtet aus Tokio über die ersten Wahlergebnisse: Es sind 17 Liberale, 13 Konservative, 1 Proletarier und der Führer der Sozialisten gewählt, in Osaka 13 Liberale, 56 Konservative und 2 Proletarier. Nach einer Nachrichtenagentur sind die ersten Wahlergebnisse für die Regierung ungünstig. Im ganzen wurden bisher als gewählt bezeichnet: 43 Kandidaten der Regierungspartei, 54 Kandidaten der Opposition und 13 Kandidaten, die stehen anderen Parteien angehören. Die meisten von ihnen sind Arbeiterparteiler.

Politische Neuigkeiten

Strefemann und Titulescu

Der deutsche Minister des Äußern, Dr. Strefemann, und der rumänische Minister des Äußern, Titulescu, nahmen am Dienstag, wie aus Rigga gemeldet wird, in dem Hotel in Cap Martin, in dem Dr. Strefemann wohnt, gemeinschaftlich das Frühstück ein. Der ehemalige englische Botschafter in Berlin, Lord Abernethy sowie die Gemahlinnen der beiden Minister des Äußern nahmen an dem Frühstück teil.

Die Lage in der Metallindustrie

Der Reichsarbeitsminister hat die in dem Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie gefällten Schiedsprüche im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Für den Fall der Fortsetzung des Kampfes auf Arbeitnehmersseite hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller den Aussperrungstermin nun auf den 29. Februar verschoben. Er begründet das damit, daß mehrfach von Gewerkschaftsseite zum Ausdruck gekommen sei, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitsklärung noch nicht beendet sein würde und infolgedessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streitgebiet nicht oder nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen wird.

Von der Hallenser Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß Voraussagen über die Konsequenzen der Verbindlichkeitsklärung der Berliner Schiedsprüche sich noch nicht machen lassen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandten Delegation abgewartet werden müsse. Zu der Verbindlichkeitsklärung wird erst heute in einer Bezirkskonferenz Stellung genommen.

Rein Staatsministerium in Mecklenburg-Strelitz

Der am 29. Januar d. J. gewählte Mecklenburg-Strelitzer Landtag trat am Dienstag zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Anwesend waren sämtliche 86 Abgeordnete. Zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten wurden Landrat Dr. Poth (S.) und Schwabe (D.W.P.), die ihre Ämter niederlegten, ernannt. In der Sitzung wurden die bisherigen Staatsminister Dr. Hufschmidt (D.) und Schwabe (D.W.P.), die ihre Ämter niederlegten, ernannt. In der Sitzung wurden die bisherigen Staatsminister Dr. Hufschmidt (D.) und Schwabe (D.W.P.), die ihre Ämter niederlegten, ernannt.

4000 englische Bergarbeiter entlassen. Infolge von Betriebsstörung auf einer Reihe von Kündigungen in einem anderen Schacht sind im Bezirk Mansfield (Nottinghamshire) weitere 4000 Bergarbeiter arbeitslos geworden.

Freiburger Theaterbrief

—er. Einige Erstaufführungen besonders des Schauspiels ergaben in diesen letzten anderthalb Monaten Proben beachtenswerter künstlerischer Arbeit. Die Erneuerung einer bitterbösen Komödie Ben Jonsons, eines Reigenoffen Shakespeares, durch Stefan Zweig mit dem Titel „Volpone“ schwingt die Geißel über menschliche Laster, die heute noch genau so unbedarbt wahr sind wie vor dreihundert Jahren, als sie geschrieben wurde.

In der Oper brachte Lindemann Neueinstudierungen des „Rosenkavalier“ und von „Hörans Hochzeit“ heraus. Beide Aufführungen mußten ihn, trotz herrlich klingender Einzelheiten namentlich im orchesterlichen Teil, überzeugen, daß die gegenwärtige Zusammenfassung des Sängersonorals für die

Die Sicherheitsverhandlungen in Genf

Deutschland und die Sicherheitskonferenz

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, rechnet man damit, daß die Verhandlungen des Sicherheitskomitees in Genf bis kurz vor dem Beginn der Tagung des Völkerbundes dauern werden, die am 5. März beginnt. Nach der Generaldebatte werden die Verhandlungen in der Kommissionsarbeit fortgesetzt werden. Staatssekretär v. Simson hat in seiner Rede am Montag nur die Gedanken entwickelt, die in der seinerzeit nach Prag gesandten Denkschrift enthalten sind.

1. Die Notwendigkeit, daß zur Lösung aller Konflikte ein bestimmtes Verfahren eingeführt wird,

2. daß nach deutscher Auffassung alle Allianzen, auch Defensivallianzen, mit dem Geiste des Völkerbundes nicht vereinbar,

3. kommt es darauf an, praktische Möglichkeiten für Präventivmaßnahmen gegen den Krieg zu suchen. Auf diesen dritten Gesichtspunkt läuft ja auch der deutsche Vorschlag hinaus, daß bei Ausbruch von Streitigkeiten auf Empfehlung noch ein Waffenstillstand vereinbart werden soll.

Im Anschluß an die Ratstagung des Völkerbundes wird übrigens am 15. März die vorbereitende Abrüstungskonferenz ihre Verhandlungen fortsetzen.

Die Aussprache im Sicherheitskomitee

Im Sicherheitskomitee wurde in Genf die allgemeine Aussprache Dienstag vormittag fortgesetzt.

Der italienische Delegierte de Marini bezeichnete den Gedanken eines allgemeinen Vertrages zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls als einstweilen ausgeschlossen. Er empfahl stattdessen den Abschluß von Sonderverträgen zwischen Staaten, die wegen ihrer Nachbarschaft gemeinsame Interessen haben. Inbezug auf die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten will de Marini den Regierungen die Anwendung und die Wahl des Verfahrens offen lassen.

Dann ergriff Paul-Boncour (Frankreich) das Wort, der die deutschen Anregungen als außerordentlich interessant bezeichnete, jedoch hinzufügte, daß sie nach seiner Auffassung nichts wesentlich Neues bringen. Er betonte, wie stark Sicherheit und Abrüstung miteinander verknüpft seien. Für eine stützende Herabsetzung der Rüstungen seien, wie auch der polnische Delegierte Sosal erklärt habe, meßbare und greifbare Sicherheiten als Ergänzung der durch den Pakt geschaffenen Sicherheit notwendig. Solange Verträge, die alle Staaten umfassen, nicht möglich seien, seien Regionalverträge nach dem Muster des Locarnovertrages das beste Mittel, um die Sicherheit zu erhöhen.

Der finnische Delegierte Erich betonte das besondere Interesse, das die Anregungen des deutschen Delegierten verdienen. Da auch nach deutscher Auffassung unter den heutigen Verhältnissen nicht alle Streitigkeiten politischer Art durch obligatorische Schiedsgerichtsentscheidungen gelöst werden können, glaubt der finnische Delegierte, daß in vielen Streitfällen politischer Art der Völkerbund mit Aussicht auf Erfolg eingreifen könnte, wenn ihm ein beratendes Juristenkomitee beigegeben würde.

Inoffizielle Besprechungen

In Genf fand Dienstag nachmittag mit einzelnen Mitgliedern des Sicherheitskomitees eine inoffizielle Fühlungnahme über die Arbeiten des Sicherheitskomitees statt. Eine große Rolle spielte dabei die Frage der Herstellung der von Paul-Boncour mit großem Aufwand verlangten Texte für die Abkommensentwürfe über Schiedsverträge und Regionalpakte. Nach den Bedenken, die bisher inbezug auf die Regionalpakte von England, Japan und insbesondere häufig von Deutschland und Italien geäußert wurden, wirkt die Eile, mit der man von französischer Seite zu diesen Abkommensentwürfen gelangen will sehr befremdend.

diesen zwei Werken die Erwartungen kritischer Hörer von vornherein zu allerlei Widrigkeiten zwingt. Und wenn man den an sich schon heißen Stoff von Hofmannsthals Dichtung in der Darbietung dann und wann ins Operetenhafte gleiten läßt, ist es ein Fehlgriff, der durch die wohl gleichgerichteten Rezensionen Habwigers noch empfindlicher hervorragt. Der Glanzpunkt im Fagato war die Susanne Frl. Heindls, die Freiburg nun leider an Mannheim verliert. Den „Hilgenböllchen“ nach dem Vorbild Bayreuths ohne Pause in einem Juge durchzuspielen und so den Vallabencharakter dieses genialen Jugendwerks deutlich herauszufahren, war ein prächtig gelungenes Experiment des Kapellmeisters Herzfeld und des Spielleiters Habwiger; der Titelrolle gab Herr Neumeier gesungene Schönheit und gefälliges Formal. Eine ungewöhnlich glückliche Neubelebung erfuhr Aulers Oper „Der schwarze Domino“ durch Kapellmeister Fried, der die Solopartien durchweg mit jungen Menschen besetzte und so Herrn Schneiders Spielleitung und Koller ten Hoontes farbenfroher, origineller Szenarie es weitgehend ermöglichte, den hier erforderlichen leichtbeschwingten Gesamteindruck zu erreichen. Das heitere Programm der Vorwoden des Fagatins ergänzte man durch die Wiederaufnahme der köstlichen „Lustigen Weiber von Windsor“ von Nicolai, die wieder Herzfeld und Schneider musikalisch und darstellerisch reizvoll belebten, mit Herrn Amati als vollstimmigen Falstaff und Frl. Heindl als Frau Pluth, Offenbachs „Schöne Helena“ dagegen mußte durch allzu große Dehnung des gesprochenen Dialogs, der an Würde des Witzes nicht gerade überquoll, einigermassen enttäuschen.

Französische Ehrung des Kieler Physikers Alexander Behm. Die franz. „Gesellschaft für die Sicherheit in Flugzeugen“ hatte als Mitglied der Jata, der internationalen Vereinigung der Luftverkehrs-Gesellschaften aller Staaten, (darunter auch Deutschland), in den Jahren 1926/27 einen Wettbewerb ausgeschrieben, um das Höchstmaß der Sicherheit für Flugzeuge zu erreichen. Das Preisgericht hat nunmehr dem Kieler Physiker Alexander Behm für das von ihm erfundene Behm-Vot für Flugzeuge die große goldene Plakette verliehen. Behm baute das „Behmsche Scholot“, das vom Schiff aus unter Wasser nach dem Meereshoden Schallwellen auswendet, und durch einen besonders empfindlichen Kurzzeitmesser einwandfrei die Tiefe mißt. In ähnlicher Weise wurde von ihm dann ein Apparat konstruiert, der dem Flugzeuge in Nacht und Nebel angeigt, wie hoch es sich über dem Erdboden befindet.

Kritik an Englands Haltung

WLD, London, 22. Febr. „Daily News and Westminster Gazette“ führt in einem Leitartikel aus, die gegenwärtige Haltung Großbritanniens gegenüber der Abrüstungsfrage sei durchaus unbefriedigend und erklärt, die Steuerlast für die nationale Verteidigung sei mindestens so groß wie vor dem Ausbruch des Krieges. Es sei Unfug, zu behaupten, daß dies ein ruhmvolleres Beispiel für die anderen Länder bedeute.

Das deutsch-französische Saarabkommen

Zu der gestern erfolgten Einigung über die Vereinbarung betr. den Warenverkehr zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet ist noch zu bemerken: Die Vereinbarung ist durch die für das Saargebiet durch den Versailler Vertrag geschaffene Wirtschaftslage bedingt und eine wertvolle Ergänzung der mancherlei Erleichterungen, die dem Saargebiet schon das deutsch-französische Handelsabkommen gebracht hat. Das recht umfangreiche Bedürfnis des Saargebietes, sich seinen Bedarf aus seinen alten Bezugsquellen im deutschen Zollgebiet zu decken, hat im Vertrag auch insoweit seine Befriedigung gefunden, als nicht die durch die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollgebiet geschaffene Lage eine leichtere und bequemere Versorgung der französischen Erzeugung ermöglicht. Besondere Berücksichtigung haben gefunden: die Bedürfnisse der Saarinindustrie hinsichtlich des Bezuges von Maschinen und Ersatzteilen, die zur Inangriffnahme der Betriebe erforderlich sind. Was die drei großen Saarinindustrien Eisen, Glas und Keramik angeht, konnte sich der Vertrag dem früheren Handelsabkommen anschließen. Daneben wurde Wert darauf gelegt, den Bedürfnissen der mittleren und Kleinindustrie in möglichst weitem Umfang Rechnung zu tragen. Es ist zu hoffen, daß das Abkommen, so wie es vorliegt, der Saarinwirtschaft, die bisher durch die kurzfristigen Abkommen in ihren Dispositionen ständigen Verunsicherungen ausgesetzt war, eine stabilere Grundlage geben wird.

Die Behandlung der Splitterparteien in den Ländern

Den Fraktionen des Reichstages ist nunmehr die angelegte Deutsche Reichstagsliste der Splitterparteien zugegangen.

Zu der Deutschen Reichstagsliste ist in Vergleich gesetzt das deutsche Reichswahlrecht mit dem Wahlrecht in den einzelnen Ländern.

Kautonen werden danach gefordert für die neuen Parteien in Mecklenburg 8000 RM, in Hessen 5000 RM, in Baden-Württemberg 2000 RM und in Sachsen 3000 RM. In allen Ländern besteht der amtliche Einheitsstimmzettel. In den meisten Ländern trägt das Land die Kosten selbst. Nur in Lippe müssen die Parteien zu den Kosten der Herstellung 40 RM beitragen, in Hessen 200 RM, während in Württemberg die Kosten der Herstellung und Befriedigung der Stimmzettel von den Parteien der Staatskasse zur Hälfte zu ersetzen ist. Besonders interessant ist in der Deutschen Reichstagsliste die Zusammenstellung über die geforderte Unterschriftenzahl für neue Parteien. Hier sind die Verhältnisse außerordentlich verschieden. Es fordert das Reich 500 Unterschriften, und es fordern von den Ländern Preußen 600, Bayern 20, Sachsen 600, Württemberg 10 Unterschriften, Baden zwei v. H. der bei der vorherigen Landtagswahl im Wahlkreis Stimmberechtigten, Thüringen 2000, Hessen 7000, Hamburg 30, Mecklenburg-Schwerin 3000, Oldenburg 20, Braunschweig 1000, Anhalt 150, Bremen 25, Lippe 30, Südbad 30, Mecklenburg-Strelitz 150, Waldeck 500, Schaumburg-Lippe 30. Das Aufkommen der Splitterparteien ist nach den bestehenden Bestimmungen am schwersten in Baden, hier mußten nach der letzten Landtagswahl z. B. in einem Wahlkreis, der 65 552 Stimmberechtigte umfaßt, 1311 Unterschriften für einen neuen Vorschlag aufgebracht werden.

Ungenügende Zunahme der ländlichen Sparanlagen

Während in den Sparkassen der deutschen Städte eine rege Sparaktivität sich entwickelt hat, scheint infolge der allgemeinen Kreditnot der deutschen Landwirtschaft die Wiederaufsammlung der Sparanlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen weit langsamer vor sich zu gehen. Nach den Berechnungen, die Dr. Krebs im „Landwirtschaftl. Genossenschaftsblatt“ veröffentlicht hat, betragen die Sparanlagen und die Einlagen in laufender Rechnung bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen Ende 1924 nur 166,5 Millionen RM oder 81 RM auf den Kopf jedes Mitgliedes. Sie vermehrten sich bis zum 1. Juli 1927 bis auf 221,7 Millionen RM oder 128 RM auf den Kopf jedes Mitgliedes. Im Vergleich zum Jahre 1919 sind die Sparanlagen auf 40 Prozent ihres Bestandes zusammengeschmolzen, und zwar obwohl die Zahl der Klassen sich inzwischen stark vermehrt hat. Es bleibt also noch sehr viel zu tun, bis die Kassen die Höhe des Einlagenbestandes der Vorkriegszeit wieder erreicht haben werden.

Die Falschfische Kammer

Der italienische Minister hat das neue Wahlgesez angenommen, so daß die korporative Kammer nunmehr das Abgeordnetenhaus ersetzt. Die von den Wirtschaftsverbänden aufgestellte und vom falschfischen Großrat nachher gestellte Liste kann zwar von der Wählerchaft bloßweise verworfen werden, worauf ein zweiter Wahlgang mit konkurrierenden Listen ausgeschrieben würde, jedoch praktisch ist dieser Fall absolut unmöglich, da nur der falschfische organisiert ist und überdies mit den gesamten Staatsmitteln gestützt wird, während alle anderen Parteien und ihre Organisationen nach Mussolinis eigenem Wort abgeschafft und eingesezert sind.

Das neue Wahlgesez stammt vom Großrat der falschfischen Partei. Nach dem Gesez werden die Kandidaten dem Großrat nicht nur von den 13 falschfischen Korporationen vorgeschlagen, sondern auch von den gesetzlich anerkannten Instituten und bestehenden Vereinen, die nationale Bedeutung haben und kulturelle, erzieherische oder Wohltätigkeitszwecke verfolgen. Die Ermächtigung zum Vorschlag von Kandidaten wird diesen Organisationen durch königliches Dekret zuerkannt. Die endgültige Entscheidung trifft immer der Großrat der falschfischen Partei. Die neue Kammer wird nach dem Gesez ein Ständeparlament von 400 Abgeordneten darstellen. Die Wahl erfolgt durch Genehmigung der vom Großrat auf Grund seiner unabweislichen Auswahl bezeichneten Abgeordneten durch die Wahlberechtigten. Die Abstimmung erfolgt auf einem Wahlzettel, der nur die Frage enthält: „Genehmigen Sie die Liste der vom Großen Nationalrat des falschfismus bezeichneten Abgeordneten?“ Die Stimme wird mit ja oder nein ausgedrückt. Wenn die Liste die absolute Mehrheit der Wähler erlangt, sind die Abgeordneten gewählt und das Gesez muß noch die formelle Zustimmung durch Senat und Kammer erhalten.

Zurückweisung eines Antrages auf Volksbegehren. Die Pressestelle des Schweizer Staatsministeriums teilt mit, daß Staatsministerium hat einen vom Landtag und Mecklenburg-Schwerin eingereichten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens wegen unrechtmäßiger Jurisdiktion der Notstandsrechte aus Rechtsgründen ablehnen müssen.

Kommunikationsrat Dr. Alfred Neuen Du Mont, der Verleger der „Kölnischen Zeitung“ und zweiter stellv. Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger, beging am Montag seinen 60. Geburtstag. Er wurde nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1896 Mitinhaber der Firma DuMont Schauberg, und übernahm nach dem Tode seines ältesten Bruders im Jahre 1915 ihre Leitung, die er seitdem als Seniorchef geführt hat. Auch in den Zeiten schwerster Not ist er für andere stets hilfsbereit gewesen, was ihm über die Anerkennung seiner Berufsgenossen hinaus die Anteilnahme weiterer Kreise sichert. Die Kölner Universität hat ihn vor einigen Tagen zum Ehrendoktor gemacht. Wir wünschen ihm weiteres erfolgreiches Wirken. — Der Reichstänzer hat an ihn ein Glückwunschtelegramm gerichtet. Auch Staatssekretär Dr. Brüder übermittelt seine herzlichsten Glückwünsche.

Wahlvorschriften der französischen Kommunisten. Der Pariser „Matin“ veröffentlicht einen Auszug aus einem Rundschreiben der französischen kommunistischen Partei, das Vorschriften über das Verhalten der Kommunisten in den nächsten drei Monaten, also während der Periode der Wahlpropaganda, enthält. Danach darf der kommunistische Kandidat im zweiten Wahlgang nur in den Fällen zugunsten eines in günstigerer Stellung befindlichen sozialistischen Kandidaten zurücktreten, wenn die sozialistischen Bezirksverbände des betreffenden Wahlkreises noch vor dem ersten Wahlgang die Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern und Bauern angenommen und organisiert haben, und zwar auf der Grundlage eines Mindestprogramms von sofort durchzuführenden Forderungen.

Kurze Nachrichten

Fortschritt der Verhandlungen mit Litauen. Laut „Voss. Zig.“ befindet sich der frühere litauische Finanzminister Dr. Karvelis augenblicklich in Berlin, um über gegenseitige Erleichterungen im deutsch-litauischen Grenzverkehr zu verhandeln.

Antideutsche Ausschreitungen in Oberschlesien. Seit der Bekanntgabe der Gemeindevahlen mehrten sich in Oberschlesien die Drohungen gegen die Deutschen und wuchsen sich zu einer regelrechten Deutscherfolgung aus.

Gemeindevahlen in Riga. Nach dem vorläufigen Resultat der Stadtverordnetenwahlen in Riga (Lettland) sind den Sozialdemokraten und Kommunisten 40 gegen früher 39 Sitze, den Liberalen 25 gegen 26 zugefallen. Darunter 13 Deutsche (gegen 15). Dafür ist ein Deutscher auf der letzten Liste gewählt. Die lettischen Bürgerlichen haben 25 Mandate wie bisher.

Belgien und die Räumungsfrage. Der belgische Außenminister Dymans sprach im Senat u. a. auch über die Frage der Räumung des Rheinlandes und sagte zum Schluß, wenn Deutschland die Aufhebung der Besatzung fordere, die eine der Hauptgarantien für die Bezahlung der Reparationen bilde, dann müsse es dafür neue Garantien vorschlagen.

Der italienische Schritt in Wien. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat der italienische Gesandte in Wien, Ruffi, neuerlich Vorstellungen erhoben wegen der von den Abgeordneten Steiniger und Jäger am 7. d. M. im Tiroler Landtag gehaltenen Reden. Dem Gesandten wurde vom Bundeskanzler Dr. Seipel bedeutet, daß die beiden erwähnten Abgeordneten keine offiziellen Persönlichkeiten seien und daß man ihnen ihre Redefreiheit nicht unterbinden könne.

Terror Roter Truppen in China. Nach einer Meldung der Agentur Anglo Pacific aus Hongkong terrorisieren seit einiger Zeit chinesische Truppen die Gegend zwischen Swabu und Swatow. Tausende von Einwohnern seien ums Leben gekommen und zahlreiche Häuser in Flammen aufgegangen. Aus Swabu seien Zehntausende von Flüchtlingen entflohen. Viele andere flüchteten nach Indochina, Singapur und Siam.

Wahabitenfall im Irak. Wahabiten sind in den Irak (Mesopotamien) eingezogen. Es kam zu blutigen Kämpfen mit den Stämmen des Irak. Englische Flugzeuge, deren Basis sich in Ur befindet, griffen die sich zurückziehenden Wahabiten an und brachten ihnen schwere Verluste bei. Letztere schossen aber ein Flugzeug ab.

Der amerikanische Elsmagat Harry Sinclair verurteilt. Der Elsmagat Harry J. Sinclair hatte in dem seinerzeitigen Nachproben Drogen durch die Geheimdienstler nachprüfen lassen und sie zu beschaffen versucht. Wegen dieser Vergehen ist er vom Gericht in Washington zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden.

Verschiedenes

Gerüststurz beim Abbau des Zirkus Sarrafani

W. W. Chemnitz, 22. Febr. (Tel.) Beim Abbau des Zirkus Sarrafani, der bis zum 19. Februar hier auf der Platzwiese ein Gastspiel gab, ist gestern nachmittags aus bisher noch unaufgeklärter Weise beim Abmontieren der Träger und Säulen ein fahrbares 11 Meter hohes Gerüst eingestürzt. Hierbei wurde der 23jährige Zimmermann Wilhelm Jäger aus Oberlaufingen bei Kassel so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb, während der 32jährige Zimmermann Fritz Kühn aus Erbachwinkel in Thüringen lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Ruine Zwilling-Uri

Vor zwei Jahrzehnten ist die durch Schillers „Wilhelm Tell“ bekannte Burgruine Zwilling-Uri bei Udorf (Kanton Uri) von dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II., der sie durch ein Vermächtnis erhielt, der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft in Berlin geschenkt worden. Die im letzten Sommer gegründete Schweizerische Vereinigung zur Erhaltung der Burgen und Ruinen (Burgenverein) hat sich u. a. auch zur Aufgabe gestellt, die Ruine für die Schweiz zurückzuerwerben. Mit Hilfe einer Spende des Präsidenten des Automobilklubs der Schweiz und Vorstandsmitglied des Burgenvereins, Dufour, konnte die Ruine samt dem Gelände vom Burgenverein erworben werden. Das vor 40 Jahren erbaute unschöne Haus neben der Ruine wird nun abgebrochen und die Ruine selbst vor weiterem Zerfall gesichert, jeder Profanierung entzogen, um als historische Stätte instandgesetzt und dauernd beschützt zu werden.

Erdbübe in Amerika registriert

W. W. New York, 22. Febr. (Tel.) Der Seismograph der Georgetown-Universität verzeichnete heute sehr schwere Erdbübe. Sie begannen um 7.59 Uhr nachmittags Greenwider Zeit und dauerten über drei Stunden. Der Verd befindet sich in einer Entfernung von 3700 Meilen.

Wetternachrichtenbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das kontinentale Hochdruckgebiet erhält im Westen Verstärkung, da der Druck über den britischen Inseln nach Abzug des großen Islandwirbels seit gestern erheblich gestiegen ist. Die bestehende Schönwetterlage wird daher voraussichtlich noch einige Tage anhalten. Voraussage für 23. Febr.: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters mit Nachfrösten.

Badischer Teil

Präsident Dr. Schofer über die Lage im Zentrum

Präsident Dr. Schofer nimmt in einem Badischen Brief im Luzerner „Vaterland“ zu den schwebenden innerpolitischen Fragen in Deutschland Stellung. Im besonderen interessant ist sein Urteil über die Schwierigkeiten im Zentrum. „Der tiefste Grund der Krise“, sagt der badische Zentrumspartei-Präsident, „dürfte wohl in der Zeitströmung liegen, die das Materielle allzusehr in den Vordergrund rückt und den alten christlich-sozialen Gedanken, noch mehr den anderen, den der Volksgemeinschaft, stellenweise nicht mehr in volle Geltung kommen lassen will. Das Zentrum steht nun in dieser Welt und kann sich den Strömungen nicht in allem entziehen. So kommt es, daß das Gefühl der Benachteiligung heute bei diesem und morgen bei jenem Stand sich geltend macht. Da die Stände gut organisiert sind, macht sich der Unwille sehr rasch und sehr intensiv geltend. Der Führer in jedem Stande hat damit zu rechnen. Kommen dann noch wirkliche Fehler vor, und wo kommen sie nicht vor, dann ist es nicht mehr schwer, die erwachsenen Schwierigkeiten zu begreifen.“

Wirtschaftlicher Verband bildender Künstler Südwestdeutschlands

Am 9. Februar fand im Künstlerhaus in Karlsruhe die Jahreshauptversammlung des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler Südwestdeutschlands statt. Der Vorsitzende, Professor Me, begrüßte die Erschienenen und wandte sich zunächst mit scharfen Worten gegen Form und Inhalt eines an ihn gerichteten Schreibens und übergab dann zum ersten Punkt der Tagesordnung „Verufung gegen Ausschluß“, in dem persönliche Angriffe gegen ihn enthalten sind, die Leitung dem 2. Vorsitzenden, Maler Paul Rusche. Nach längerer Verhandlung, die zeitweise einen stürmischen Verlauf nahm, wurde die eingelegte Verufung verworfen, worauf Professor Me den Vorsitz wieder übernahm. Zuvor aber brachte die Versammlung, einer Aufforderung Professor Engelhorn's folgend, ihrem langjährigen Vorsitzenden, der dem besten Willen beseelt, vielfach in ungerechtfertigter Weise angegriffen wurde, eine spontane Ehrung durch Erheben von den Sitzen dar.

Nach Erstattung des Rechenschaftsberichts seitens der Verbandsleitung und der Kassenverwaltung wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Der Beitrag für das Jahr 1928 wurde dem Vorschlag des Vorstands entsprechend wieder auf 10 M festgesetzt. Bei der darauf folgenden geheimen Wahl wurde der bisherige 1. Vorsitzende, Professor Me, mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Die Ergänzungswahl für satzungsmäßig ausfallende Vorstandsmitglieder ergab die Wiederwahl des Herrn Maler Engelhard und die Aufnahme der Herren Dr. Bus, A. B. Hofmann und G. Haas, sämtliche Maler in Karlsruhe, sowie die Bestätigung des Malers Gannemann als Vertreter der Bezirksgruppe Freiburg in den Hauptvorstand. Für das vom Reichsverband geforderte Zusammengehen mit anderen Künstlerorganisationen zur Behandlung ästhetischer und künstlerischer Belange soll neben der längst bestehenden Zugehörigkeit von Vertretern anderer Vereine zum Verbandsvorstand noch ein besonderer Ausschuss eingesetzt werden. Die Wahl der Mitglieder dieses Ausschusses wird aber einer späteren Versammlung vorbehalten. — Auf Antrag des Vorstands wird alsdann Professor Dr. Hermann Wolf, der in einer Notiz des Verbands vorübergehend das Amt des 1. Vorsitzenden übernommen hatte, und zu den Gründungsmitgliedern des Verbands gehört, zum Ehrenmitglied ernannt.

Aus dem reichen Verhandlungsstoff ist noch zu erwähnen, daß der Vorstand mit dem Hinweis auf die noch immer wachsende Not in weiten Kreisen der Künstlerchaft beauftragt wurde, als deren berufene Vertretung eine Eingabe an den Badischen Landtag zu richten, mit der um Erhöhung der Unterstützung notleidender Künstler vorgelegene Mittel gebeten werden soll. Von weiteren Maßnahmen, die der Not unter den Künstlern entgegenwirken könnten, wurde gesprochen: Die Veranstaltung von Ausstellungen (auch jurchfreien), die Schaffung von Kunstausstellungen in anderen Städten des Landes und anderen Angelegenheiten der Kunst und der Künstler wird sich die nächste Mitgliederversammlung eingehender zu beschäftigen haben. In ihr wird auch erneut die Forderung auf Wiedereinstellung von Künstlerkommissionen zur Beratung staatlicher oder gemeindlicher die Kunst betreffenden Belange erhoben werden. Im Interesse der Beschädigung von Kunstausstellungen wird der Vorstand des Verbands noch ersucht, das Verlangen nach freier Rückfahrt der Ausstellungsgüter, die in Vorkriegszeiten gewährt wurde, durch eine Eingabe an zuständige Stelle zu unterstützen. Zum Schluß widmete Maler Gebhard dem Vorstand für seine erspriehliche Arbeit warme Worte des Dankes.

Bad. Zuckerrüben- und Zichorienbau

Der Landesausschuß der Badischen Zuckerrüben- und Zichorienpflanzler, der sich paritätisch aus Vertretern des Badischen Bauernvereins und des Badischen Landbundes zusammensetzt, hatte — wie aus geschrieben wird — die Zuckerrüben- und Zichorienpflanzler im Laufe der vergangenen Woche zu Versammlungen nach Steinfurt, Bretten und Eppingen eingeladen. Der Landesausschuß ist mit diesen Versammlungen an die Öffentlichkeit getreten, um seinen Mitgliedern zu zeigen, welche ungeheure Fülle von Arbeit auf dem Gebiete des Zuckerrüben- und Zichorienanbaues von ihm geleistet und welche große Vorteile für die Pflanzler durch Abschluß von Verträgen, die sich nicht nur auf die Preisgestaltung beziehen, sondern auch eine ganze Anzahl sonstiger Vorteile enthalten, erreicht werden können. Es sei hier beispielsweise an die Vergünstigungen beim Bezug von Zucker, sowie Trockenfäule und Kunstdünger und auch an den Anteil an den Gewinnergebnissen der Zuckerrübenfabriken erinnert. Ganz besonders wichtig ist auch der durch den Vertragsabschluß gewonnene Einfluß bei der Antieferung der Zuckerrüben bzw. Zichorien, der es ermöglicht, durch fortlaufende Kontrolle unserer Landwirten bisweilen ganz bedeutende Summen durch gerechtes Festhalten der Schutzprotekte zu erfahren. Auch der Frage der Sortenbau- und Standweitereverfue wurde großes Interesse zugewendet, und seit Jahren wurden derartige Verträge durch den Landesausschuß systematisch zur Durchführung gebracht.

Zur Heidelberger Intendantenkrise. Die Heidelberger Theaterkommission hat für die Neubesezung der Intendantenstelle dem Stadtrat vorgeschlagen, 1. Ernst Müller-Mulla, Intendant in Remscheid, 2. Alois Mora, Oberpfelleiter in Salzburg, 3. Erwin Sohn, Intendant in Rudolstadt. Wie das „Heidelberger Tagebl.“ erfährt, hat Intendant Keller sich um den Intendantenposten mündlich beworben.

Vom Versuchsgut Blankenhornberg

Das nordwestlich von der Bahnstation Hringen (Kaiserstuhl) liegende Versuchsgut der Badischen Landwirtschaftskammer, Blankenhornberg, welches sich seit Jahren unter seinem derzeitigen Betriebsleiter zu einem vorbildlichen Rebgut entwickelt hat, scheint auch in diesem Jahre seinen Betrieb zu verbessern. Die teilweise zerstreut liegenden Rebgelände des Gutes erschweren deren Bewirtschaftung sehr. So wurde u. a. schon vor drei Jahren nach dem abseits liegenden Adolfsberg vom Gut eine neue Beanlage geschaffen, welche sich seit ihrem Bestehen als sehr nützlich erwiesen hat. Eine kleine Feldbahn wird zur Zeit auf dieser Begstrecke gebaut, um die Verbringung von Kompost, Dünger und vor allem der Spritzmittel im Sommer zu den Arbeitern rasch zu bewirken. Auch am Westhang des Gutes soll sich das Röhricht hingehen. Zur Zeit finden am Südhang größere Sprengungen im Rebgelände statt, um den Boden für ein gründliches Mahlen vorzubereiten. Für das kommende Frühjahr ist wieder in größerem Umfang eine Reberedelung auf Amerikanerunterlagen vorgesehen. Die musterzügliche Bewirtschaftung von Blankenhornberg bringt es mit sich, daß sich dort zu allen Jahreszeiten Besucher aus der Heimat und nicht minder aus dem Weinbaugelände anderer Länder einstellen.

Warnung vor einem Schwindler beim Geldwechseln

In letzter Zeit ist in mehreren Großstädten des Reiches ein Schwindler aufgetreten, der es hauptsächlich auf Lehrlinge abgesehen hat, die bei Banken, Postfachämtern usw. größere Beträge abheben.

Er erucht die Lehrlinge, ihm kleines Geld in große Scheine (oder umgekehrt) umzuwechseln. Später wird festgestellt, daß ein großer Betrag am Gelde fehlt.

Beschreibung des Betrügers: 23—25 Jahre alt, mittelgroß, volles rundes Gesicht, weiße Gesichtsfarbe, barlos, dunkler Überzieher, Lackschuhe; hinter vermutlich etwas (evtl. Verletzung).

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger und bittet, bei Auftauchen seine Festnahme zu veranlassen.

Gemeinde-Rundschauf

Der Forstheimer Haushaltsplan. Der Bürgerausschuß Forstheim wird sich am 2. März mit dem Haushaltsplan der Stadt Forstheim für das Rechnungsjahr 1928 beschäftigen. Der Haushaltsplan wird in Ausgaben mit 14 988 200 M in Einnahmen ohne Gemeindesteuer mit 18 083 200 M und mit einem durch Gemeindesteuer zu deckenden Fehlbetrag von 1 965 000 M festgesetzt. Die Steuergrundbeträge werden für das Jahr 1928 wie folgt festgesetzt: Für das Grundvermögen von je 100 M Steuerwert auf 50 Pf., für das Betriebsvermögen von je 100 M Steuerwert auf 20 Pf., für den Gewerbeertrag von je 100 M auf 8 M.

Neue Wasserleitung in Unterzöschheim (Bruchsal). Die mit einem Kostenaufwand von rund 150 000 M gebaute Wasserleitung konnte nach über halbjähriger Bauarbeit der Gemeinde übergeben werden. In 400 Hausanschlüssen fließt das Wasser den einzelnen Häusern zu.

Ratschreiber- und Gemeindevorstandstagung in Rehl. Am Sonntag tagten im „Barbarossa“ zu Rehl die Ratschreiber des Amtsbezirks Rehl, um einen Vortrag des Vorstandes des Arbeitsamts Rehl, Schumacher, über Arbeitslosenversicherung usw. entgegenzunehmen. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an. Zu gleicher Zeit fand im Bürgeraal die Gemeindevorstandstagung statt, bei der Oberbuchhalter Fischer (Rehl) über die Gemeindevorstandsrechnung referierte. Auch Standes- und Berufsfragen wurden erörtert. Am Nachmittag vereinigten sich Ratschreiber und Gemeindevorstand zu einem Vortrag, den der Bezirksvorsteher, Ratschreiber Becker (Rehl) über die neue Besoldungsordnung und deren Durchführung in den Gemeinden hielt. Ausgiebig erörtert wurde auch die Frage der Verlegung der Grundbuchämter zu den Arbeitsgerichten. Die mit dem Grundbuchwesen und den ländlichen Verhältnissen vertrauten Kollegen traten dem Standpunkt der Justizamtänner mit aller Entschiedenheit entgegen. Von einer Ersparnis bei Änderung der heutigen Grundbuchordnung könne keine Rede sein.

Besuch ausländischer Studentenkommisionen in Freiburg. Wie im letzten Jahr, so ist auch im Jahre 1928 eine Anzahl ausländischer Studientreffen nach Deutschland angekündigt, die auch den Besuch der Stadt Freiburg auf ihr Programm gesetzt haben. Die von dem Institut für Internationale Erziehung in New York und der Universität Wisconsin veranstaltete Europafahrt von Dozenten der deutschen Sprache und Literatur an amerikanischen Universitäten und höheren Lehranstalten, wird die Teilnehmer auf ihrer Rundreise von Luzern über Freiburg mit einem Ausflug durch das Süntal nach Titisee, Feldberg und von dort nach Heidelberg führen. Ferner liegt die Ankündigung einer Studientour von ungarischen Hochschülern vor, die ebenfalls in Freiburg und im Schwarzwald Station machen wird.

Um die Oberpostdirektion Konstanz. Auf Einladung des Oberbürgermeisters von Konstanz traten im Stadtratsaal die Vertreter der Handels- und Handwerkskammern, der Wirtschaftsorganisationen, der Kreisverwaltungen, der politischen Parteien, der Verkehrsverbände von Konstanz und dem badischen Oberland zu einer Besprechung zusammen, die sich mit den Abwehrmaßnahmen gegen die geplante Aufhebung der Oberpostdirektion Konstanz befaßte. Oberbürgermeister Dr. Wrede gab die Erklärung ab, daß das badische Ministerium bereit ist, Konstanz in dem Kampf um die Erhaltung seiner Oberpostdirektion zu unterstützen und den badischen Gesandten in Berlin in diesem Sinne instruierte. Der Oberbürgermeister legte den Entwurf einer kurzen Denkschrift vor, die an die Mitglieder der Reichsregierung, des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost, des Reichstages, der badischen Regierung, des Badischen Landtags usw. gefandt werden soll. Aus der Aussprache verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß ein Abbau der Oberpostdirektion für Konstanz ein Ausfall von 700 000 M an Gehältern bedeuten würde, die restlos dem einheimischen Wirtschaftsleben zustoßen.

Die Verschuldung der deutschen Städte. Am 1. Januar 1927 betrug die Verschuldung der Städte mit mehr als 25 000 Einwohner auf den Kopf der Bevölkerung in Anhalt 47,7, in Braunschweig 59,1, in Mecklenburg-Schwerin 50,8, in Thüringen 72,4, in Preußen 51,2, in Oldenburg 97,8, in Bayern 98,4, in Sachsen 111,3, in Württemberg 122,3, in Hessen 140 und in Baden 182,5 M. Im Durchschnitt entfiel auf den Kopf der Bevölkerung also 90,06 M. Im Süden und Südwesten Deutschlands und in Sachsen lag die Schuldenbelastung erheblich über dem Durchschnitt für das gesamte Reich. Weiter zeigt sich, daß die Verschuldung wächst mit der Größe der Städte. Immerhin erreichen die Differenz trotz der schwierigen finanziellen Verhältnisse und der Entwertung des Geldes längst nicht die Zahlen der Vorkriegszeit, in der die deutschen Städte mit über 25 000 Einwohner jedes Jahr 600—700 Millionen Schulden aufnahmen.

Aus der Landeshauptstadt

Gemeinnützige Spende. Der verstorbene Bankier Carl Götze hat der hiesigen Ortsgruppe des Badischen Schwarzwaldbundes in Anerkennung ihrer gemeinnützigen Tätigkeit auf dem Gebiete des Wanderverkehrs ein Legat von 3000 RM ausgesetzt.

Einheitsverband der Polizeibeamten. Vor einiger Zeit fand in Karlsruhe die Gründungsversammlung eines Einheitsverbandes der bis jetzt in loser Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeitenden badischen Polizeibeamtenverbände statt. Als Folge dieses Zusammenschlusses haben sich — wie uns geschrieben wird — die Karlsruher Ortsgruppen genannter Verbände dieser Tage zusammengefunden, um auch innerhalb der Ortsgruppen den Zusammenschluß zu vollziehen. Nahezu 700 Kollegen waren erschienen. In der Versammlung, die von dem ältesten Karlsruher aktiven Polizeibeamten, Kommissar Geißler, geleitet wurde, wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Polizeiwachmeister Schreiber, 2. Vorsitzender: Hauptwachmeister Härter, 1. Schriftführer: Polizeiaffizient Bruder, 2. Schriftführer: Wachtmeister Kirchner, 1. Kassier: Hauptwachmeister Roth, 2. Kassier: Kriminalassistent Müller, Beisitzer: Polizeibeamtenführer Weg und Oberwachmeister Arnold, Kassierrevisor: Polizeisekretär Braun und Verwaltungsssekretär Schmidt. Im Anschluß an die Wahl referierte der Verbandsgeschäftsführer Schimmelle über die z. B. im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags zur Beratung stehende badische Befolungsordnung. Obwohl nach den Äußerungen einzelner Abgeordneter wenig Hoffnung auf eine grundlegende Änderung des Entwurfs vorhanden ist, so dürfe doch gehofft werden, daß Regierung und Landtag die Versprechungen einer Besserstellung der Polizei einlösen. Unter aller Anerkennung der finanziellen Notlage der deutschen Länder im allgemeinen und des badischen Staates im besonderen könne gerade die untere Beamtenchaft, zu der auch das Gros der Polizeibeamtenschaft gehört, hoffen, daß man ihr zum mindesten das Existenzminimum gewähre. Als Niederschlag des Referats und einer anschließenden Aussprache gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der erklärt wird, daß die maßvollen Vorschläge der Verbandsleitung in der Befolungsfrage den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Man stelle sich voll und ganz hinter die Verbandsleitung und lehne es ab, deren Vorschläge und Arbeit als radikal anzusehen.

Fastnachtsdienstag in Karlsruhe. Den Höhepunkt des Fastnachtsstrebens brachte der Fastnachtsdienstag. Schon vom frühen Nachmittag an drängten sich Tausende Menschen durch die Kaiserstraße. Der Verkehr wuchs von Stunde zu Stunde und nahm schließlich bedenkliche Formen an. Zu schauen gab es mancherlei. „Wer kennt die Köhler, nennt die Namen!“ Geschmückte Wagen, die mitunter mit gutem Humor und Satire lokale Scherze brachten. Besonders kam die Jugend auf ihre Kosten. Erst am späten Abend leert sich die Straße wieder, dagegen entwickelte sich in den Lokalen und Tanzsälen ein derartiges Leben, daß vielfach der bekannte Apfel nicht zu Boden fallen konnte. Die Nacht zum Aschermittwoch ließ die Wagen der Fastnachtsfreuden auf das Höchste schlagen, und heute ist wieder „der graue Alltag“. Doch der Himmel meint es gut mit einem herrlichen sonnigen Vorfrühlingstag.

Kurze Nachrichten aus Baden

16. Mannheim, 22. Febr. Gestern vormittag gegen 10 Uhr explodierte im Betriebe der Mannheimer Motorenwerke eine Flasche Pressluft, die als Anläufer für Schiffsmotoren Verwendung findet. Der obere Teil der Flasche flog durch das Dach in den Hof. Durch den entstandenen Luftdruck wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Ein 41 Jahre alter verheirateter Maschinenschlosser ist bereits gestern abend gestorben, während ein verheirateter Schlosser in Lebensgefahr schwebt.

23. Mannheim, 20. Febr. Am Sonntag, den 4. März, findet im Rabelungsaal und im Museumsaal des Rosengartens eine Gedenkfeyer für die zwei Millionen Gefallenen des Weltkrieges statt. Die Zahl der ehrenamtlich Mitwirkenden wird auf etwa 750 veranschlagt.

23. Heidelberg, 21. Febr. Zwischen den Vermittlungsämtern Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Sandhofen und Schwetzingen wird ab Donnerstag der telephonische Schnellverkehr eingeführt. Der Anschluß dürfte durchschnittlich in 20 Sekunden hergestellt werden.

16. Kedarbischhofheim, 22. Febr. Hier konnte der Ehrenbürger der Stadt, Altbürgermeister Neuwirth, seinen 80. Geburtstag feiern. Die ganze Gemeinde bezeugte dem Manne, der mit zielbewusster Hand vierzig Jahre die Geschicke des Städtchens geleitet hat, ihre Dankbarkeit. Dem langjährigen Mitglied des Badischen Landtags und des Kreisaußschusses übermittelten u. a. der Staatspräsident, das Präsidium des Badischen Landtags, der Landeskommissar von Mannheim Glückwunschkarte und -schreiben. Der Gemeinderat gratulierte im Namen der Stadtgemeinde und teilte dem Jubilar mit, daß die Ringstraße künftig den Namen Bürgermeister-Neuwirth-Straße führen soll.

23. Pforzheim, 21. Febr. Dem Wunsche der Pforzheimer Metzger und Bäcker entsprechend, hat die Regierung bestimmt, daß die Pforzheimer Metzger- und Bäckerläden in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober vormittags 7 Uhr und in der Zeit vom 1. November bis 1. März vormittags 7 Uhr öffnen dürfen.

23. Elzach, 20. Febr. Von einer zahlreichen Zuschauermenge freudig begrüßt, ging am gestrigen Sonntag nachmittag hier der Fastnachtszug der Elzacher Schüttig durch die Straßen der Stadt. Etwa 200 Schüttige, große und kleine, mit den verschiedenen Arten der Holzmasken, die sich im Familienbesitz von Generation auf Generation vererben und zum Teil ein Alter von 100 bis 120 Jahren erreicht haben, konnte man hier sehen. Der eigentliche Festzug stand unter dem lustigen Motto: „Technik, Politik und Wissenschaft“.

23. Bellingen, 18. Febr. Der Landwirtschaft des Bezirks Bellingen hatte sich wegen der Einfuhr von norddeutschen Schlachtschweinen durch die Metzgerinnung große Erregung bemächtigt, da dadurch die Rentabilität der Schweinemast in hiesiger Gegend stark in Frage gestellt werde und die Landwirtschaft sich infolge des Klimas keinen Ersatz durch Umstellung auf einen anderen Produktionszweig verschaffen kann. In einer gestern im hiesigen Bezirksamt zwischen Vertretern der Metzger und der Landwirte abgehaltenen Besprechung einigte man sich dahin, daß die Metzger nach Tunsicht keine norddeutschen Schweine mehr einführen, sondern ihnen im Bezirk selbst nicht zu bedeckenden Mehrbedarf aus den Nachbarbezirken beziehen.

23. Lauda, 21. Febr. Im Ziegelwerk Lauda herrschte den ganzen Winter über rege Tätigkeit. Die Bauwirtschaft, die sowohl in der Umgegend als ganz besonders in Mergentheim sehr rege ist, verlangte eine große Menge von Baumaterialien, so daß die Badische kaum hergestellt, schnell abgingen. Wenn die Verladungen in gleichem Tempo anhalten, werden die Wintervorräte bald völlig aufgebraucht sein, so daß für die Frühjahr- und Sommermonate Knappheit zu erwarten sein dürfte.

Winnigen (Wittb.), 22. Febr. Hier starb Herr Viktor Lorenz im 78. Lebensjahre. Er war früher Großkaufmann und Militärlieferant in Saarburg (Lothringen). Er war langjähriger Leser der „Karlsruher Zeitung“.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Febr.		20. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.40	168.74	168.40	168.74
Kopenhagen 100 Kr.	112.12	112.34	112.13	112.35
Italien . . . 100 L.	22.18	22.22	22.18	22.22
London . . . 1 Pf.	20.408	20.448	20.405	20.445
New York . . . 1 D.	4.1855	4.1935	4.1855	4.1935
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.52	80.68	80.50	80.66
Wien 100 Schilling	58.96	59.06	58.94	59.06
Prag . . . 100 Kr.	12.403	12.423	12.403	12.423

Die Schulden der Rheinischen Handelsbank. In der ersten Gläubigerversammlung der Rheinischen Handelsbank A.-G. in Mannheim wurde die Feststellung gemacht, daß insgesamt ein Verlust von 715 000 Reichsmark zu buchen ist. Demgegenüber stehen stille Reserven mit 90 000 Reichsmark und der im letzten Geschäftsjahr erzielte Gewinn mit 50—60 000 Reichsmark. Das einbezahlte Aktienkapital beträgt 460 000 Reichsmark, so daß insgesamt noch 115 000 Reichsmark ungedeckt sind.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Umpfarrung der Orte Hagnau und Bergshaus von der Pfarrei Nischen nach Krenkingen

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat unterm 16. Januar 1928 (Anzeigebblatt für die Erzbischöfliche Freiburg Nr. 2 vom 27. Jan. 1928) mit staatlicher Genehmigung vom 6. Jan. 1928 Nr. A 42 die Katholiken, die auf den zur politischen Gemeinde Krenkingen gehörigen Höfen Hagnau und Bergshaus wohnen, mit Wirkung vom 1. April d. J. vom Pfarrverband und der Kirchengemeinde Nischen losgetrennt und mit der Pfarrei und Kirchengemeinde Krenkingen mit der Maßgabe vereinigt, daß von der Kirchengemeinde Krenkingen an die Gemeinde Nischen eine einmalige Abfindung von 200 M bezahlt wird.

Karlsruhe, den 16. Februar 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
J. W. Dr. Guber

Todesanzeige.

In der Nacht vom 19. auf 20. d. M. verschied im 42. Lebensjahre nach kurzem schweren Krankenlager

Herr Anstaltsoberrat Medizinalrat
Dr. Erich Schneider.

Auf der Höhe männlichen Schaffens stehend war er den Kranken ein nie müder Helfer, den Ärzten ein hochgeschätzter Kollege, allen Anstaltsbeamten ein treuer Berater.

Heilanstalt bei Konstanz, den 21. Februar 1928.
Namens der Badischen Heil- und Pflgeanstalt bei Konstanz:
Dr. Thumm, Anstaltsdirektor. 171

Oeffentliche Sparkasse Schonach.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
Kassenbestand	1 730,70	Spareinlagen	148 693,74
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt	31 322,70	Giro- und Kontokorrent-einlagen	58 733,60
Wechselbestand	4 242,32	Anlehensschulden	50 000,—
Darlehen auf Hypotheken	155 950,75	Rentenbank- und Reichs-zwischenkredite	30 873,35
Darlehen in laufender Rech-nung an Private	66 113,54	Rücklagen	3 396,15
Darlehen auf Schuldschein	20 787,—	Reingewinn	2 176,79
Darlehen an Gemeinden und Körperschaften	18 660,77	Aufwertung:	
Einnahmerückstände	2 127,13	Aufgewertete Spareinlagen	71 814,75
Gerätschaften	1 500,—	Abrechnungsfondo	188,26
Aufwertung:			
Aufwertungs-Darlehens-fondo	63 441,73		
	365 876,64		365 876,64

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 207 427,34 RM Einlagen	10 371,35 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927	5 572,94 "
Somit weniger	4 798,41 RM

Schonach, den 16. Februar 1928. M. 580

Der Verwaltungsrat: Kuner. Der Geschäftsleiter: Ostermann.

KALTASPHALT

der
Firma Zeller & Gmelin
Eislingen / Fils (Württbg.)

die sechzigprozentige, nach dem Verfahren von Dr. Lydin, Karlsruhe, hergestellte, von keinem Auslands-patent abhängige, vorzüglich bewährte, reine Bitumen-Emulsion.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ
der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerbezirken gelesen

**Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung**

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Leichenwagen

für Hand und für Bespannung liefert als Spezialität
J. Gunz, Wagenbauanstalt, Achern
Telephon 253 6.931

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen stets vor-rätig. Zur Lieferung in Trauerpferdebreden, Galaren, Verrentungsapparaten halte ich mich bestens empfohlen.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Rittergüter
und kleinere Güter mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir Auf-trag, sehr preiswert zu ver-kaufen. Selbstkäufer mit nachw. Angehörig. wollen sich direkt an uns wenden. 147 Getreidegeschäft Fürst & Alexander, Frankfurt a. d. Oder, Abt. Vermittlung.

Detektiv - Institut
u. Privat-
Auskunft
Argus
Mannheim
O. 6, 6
Flanken
Telephon 33003
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Ruhholz-Versteigerung.
Das Forstamt Schwetzingen und die Schloßgartenver-waltung versteigern am Frei-tag, den 2. März 1928, vor-mittags 10 Uhr im Adler in Schwetzingen, nachfolgendes Laubstammholz:
Eichen 281 fm, darunter circa 150 fm Wagnerholz
Kiefer VI, Rotbuchen 44 fm I—VI, Weißbuchen 5 fm III—IV, Rotbuchen 5 fm III—VI, Eichen 22 fm I—VI, Alazien 2 fm III—V, Alpen 5 fm II—V, Ahorn 27 fm II—VI, Linden 7 fm IV—VI, Pyramiden-Pappel 3 fm III—V, Nadelbäume 2 fm IV—VI, Kirschenbaum 0,33 fm V, Kastanien 20 fm I—V. Maßliste durch das Forst-amt. M. 578

In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Boris Godunow Schuster
Feodor Piank
Zenka Seiberlich
Anna Weiner
Schwistj Witt
Schtschellalow Wehrhach
Binnen Dr. Bucherpenning
Dimitri Strauß
Marina von Hartung
Barlaam Bogel
Missaif Laufhütter
Schenkwinin Strauß
Wißschinniger Rennie
Nikitisch Frey
Hauptmann Löser
Leibbojar Kalnbach
Bojar Siegfried
Tschernjakowitsch Wehrhach
Rohitsky Löser
Bauernweiber Seiberlich
Bauern Hermisdorff
Gröpinger Lindemann

Anfang 19 1/2 Ende geg. 22 1/2
Halbe Preise
(0,50 bis 4,50 RM)

Fr. 24. Febr. Margarethe.
Sa. 25. Febr.: Seitenprünge.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

**Die große
REVUE**

Das lebende
Magazin

**Les' Bücher
Wissen zu Macht!**

Badisches Landestheater
Donnerstag, 23. Febr. 1928
Vollständige Vorstellung
zu halben Preisen
Boris Godunow
von Wassiljoff
Russische Leitung:
Josef Kreps